

Die Halle monatlich bei zweimaliger
Ausstellung 7,50 Mark, vierteljährlich
22,50 Mk., durch die Post 24,50 Mk.
einschl. Zustellungsgebühr. Gesell-
schaften werden von allen Reichs-
poststellen angenommen. Im
amtlich, Zeitungsverzeichnis unter
Zeitschriften eingetragen. Alle
unverlangt eingegangene Manu-
skripte wird keine Gewähr über-
nommen. Nachdruck nur mit der
Quellenangabe. Halle, Zeitung ge-
sellschaft, Fernstr. der Schmiedestraße,
1140, der Anzeigen-Abt., Nr. 1133
u. 7411, der Bezugs-Abt., Nr. 1133

Zeitung

Die rundfünfzigste Jahrgang.

Die 8 gespaltene 34 mm breite Milli-
meterzeile oder deren Raum 60 Pf.
Sonnentagen 40 Pf., Resttagen
die 92 mm breite Millimeterzeile
2,50 Mark. Anzeigen nehmen an
unser Geschäftsstellen u. sämtliche
Anzeigenblätter. Erfüllungsort:
Halle. Erscheint täglich 2 mal,
Sonntags und Montags 1 mal.
Schriftleitung und Haus-Ge-
schäftsstelle: Halle, Neue Promen-
ade 14. Druckausgabe: 17.
Verlags-Geschäftsstellen: Große
Mühlstraße 32 und Markt 24.
Verlag: R. Köhler Leipzig Nr. 4000.

Nr. 536.

Halle, Montag, den 15. November 1920.

Einzelpreis 30 Pfg.

Das Resultat der sächsischen Landtagswahlen.

Eine neue Elektrizitätsquelle als Grundlage für Deutschlands Gesundung — Ein Ministerstreit über die Kunststückerfrage
Forstrat Escherich enthüllt seine Ziele — Eröffnung der Völkerbundstagung in Genf.

An alle.

Der Kulturanschau der Deutschen demokratischen Partei
steht folgende Maxime an. Wir! Unsere Seelen erheben
in kühler Franche und höchstem Maß. Von alku folger
Sätze sind wir über Nacht herabgestürzt worden in
Schmerz und Armut, in würdevolles, grauamtes Selbstzer-
fleischung, Hunderttausenden der Besten unter uns ist der
Stolz auf unser Volkstum zerfallen und damit die Nächsten-
liebe getötet, der Mut zerfallen, entlassungswollen Klein-
arbeit an sich und anderen entsunken. Massenwirkungen und
Massenleistungen, Massenlebensweisen und Massenleiden
werden tiefen im Vordergrund. So raunt es durch die Länder:
„Die abschändliche Fäulnis geht unter, die ganze
deutsche Kultur ist erledigt durch den Materialismus der
Masse. Es lohnt sich nicht mehr!“ Solche Ankerkräfte sind
hauptsächlich Schein und Scheinwissen, aber menschlich,
Masse und Kultur haben wenig miteinander zu tun. Gleich-
arbeit war stets Sache des einzelnen Menschen, und es
bleiben in alle Ewigkeit. Wir Deutschen waren und sind
jedoch ein Volk des Individualismus, das ist unser Glück, aber
auch unser Verhängnis. Nach haben wir den Reichum an Ver-
schwendung, die uns innerlich anferndeten und zu neuen Er-
ziehungsbedürfnissen emporführen können. Aber diese Arbeit
will die Hilfe, will den kleinen Kreis. Durch begabte
Schüler und treue Jünger lebt das Werk jedes Meisters,
durch selbstlose Gemeinnützigkeit wird es langsam und vor-
sichtig weitergetragen und wird dann letzten Endes beschränkt
und auf die Menge. Um den entsetzlichen Ankerkräften
schwerer stiller, erster, der Verantwortung handelt es sich hier.
Wirtschaftlich und politisch ist die Nacht herabgelitten auf
Deutschlands Geistes. Nun gilt es allenfalls die Herzen
und Köpfele heranzuholen, sie lenken und wärmen zu
lassen in engem und weitem Kreise, sich miteinander
tröstend emporzurichten und eine neue Jugend zu erziehen.
Selbstlos und opferbereit, äußerlich parat und innerlich
reich, hart gegen sich, weich und verständnisvoll gegen alle,
die ausgenutzt sind, demütig vor Gott, aber bewußt seiner
schöpferischen Macht in unserem Volk. Wir wollen einander
wieder erblich dienen, das muß von neuem in die Gewissen
gesammet, muß die festgalt Lösung der Zukunft werden.
Man kann uns alles nehmen, aber niemals unsere Herz-
lichkeit, Kulturfähigkeit, die Großen unseres Volkes und ihres
Vaterlands, die kaum der letzte Teil unseres Großes wirklich
kennt und zu würdigen versteht. Von diesen großen Män-
nern wollen wir uns wieder emporführen lassen, wollen uns
durchdringen mit ihrer Hilfe zu neuer Innerlichkeit
und echter Größe.

Der Ministerbesuch in Köln.

Am Sonntag vormittag sprachen in Düsseldorf vor
Tausenden von Bürgern aller Parteien Reichsminister
Fehrenbach und Reichsminister des Außern Dr.
Simons.
Reichsminister Fehrenbach wies zunächst darauf hin,
daß in seiner süddeutschen Heimat und dem Niederrhein der
gleiche Geist der Treue herrsche, niemals habe die Reichs-
regierung daran gewagt, daß ihr im Rheinlande je en-
gegengetreten werde. Der Zweck der Reise sei in erster
Linie seitens der Reichsregierung, Rührung mit dem Rhein-
land und seiner Bevölkerung zu nehmen und aus der Aus-
sage mit dem rheinischen Vertretern Boden für die weitere
Bekämpfung zu gewinnen. Der Reichsminister betonte so-
dann das volle Verständnis der Reichsregie-
rung für die Bestrebungen der Arbeiterschaft
auf materiellem und idealem Gebiet. Die deutsche Arbeit-
erschaft habe sich einen hervorragenden Platz im deutschen Wirt-
schaftsleben gesichert, es gelte, diesen in erster Arbeit aus-
zubauen. Aberleitend auf die Sozialisierungs-
frage betonte er, der Redner, er hoffe, daß die gerade jetzt
zulamm getretene Konferenz diese Frage einer betrieb-
lichen Lösung entgegenführen werde.

An die Sparteile erinnernd, wies der Minister in
erster Linie auf die Erfüllung der Rohenerpflicht-
lungen hin und dankte den Bergarbeitern, die sich in
dieser Sache in den Dienst der allgemeinen Vaterlands-
bedürfnisse einsetzten hätten. Der Reichsminister betonte,
daß mit der vorwährenden Drohung des Einmarsches auch die
Entscheidung notwendig geführt werde. Unter hüfsmäßigem Bei-
fall äußerte er zum Schluß: „Unsere jüngeren Freunde müssen
einsehen, daß der Untergang Deutschlands auch für
die Entente verhängnisvoll werden müßte, er
glaube sie daran, daß auch unsere Nachbarn einmal einen
Tag des Friedens und der Sicherheit in Deutschland ohne
jede militärische Aktion erleben würden.“
Hierauf ergriß der Reichsminister des Außern Dr.
Simons das Wort, der ebenfalls auf die Värten des Frie-
densvertrages und seine Folgen hinwies. Selbst die Hoff-
nung, daß uns die zugewiesene Goldprämie von fünf Mark
für die Lohne und der Verkauf in Höhe der Ziffern zwischen
dem Inlande und Weltmarktpreis für die Deutschnation,
die der deutschen Bevölkerung und insbesondere den Ver-
arbeitern zur Verfügung stellen sollten, ist zurückgeworfen.
Von gegnerischer Seite wurde behauptet, die Schwierigkeiten

in der deutschen Industrie beständen nicht in dem Mangel
an Kohlen, sondern in dem Mangel an Aufträgen. In
Wirklichkeit sei aber auch das, wo ein solcher Mangel an Auf-
trägen vorhanden sei, die Ursache ganz wesentlich in der
ungenügenden Belieferung der Kohlen
und der damit verbundenen ungenügenden wirtschaftlichen
Ausnutzung der Betriebe zu liegen. Redner wies ferner
darauf hin, daß auf Deutschland ein doppelter Druck laste,
ein wirtschaftlicher und ein politischer, der in der Unmöglichkeit
bestände, die Kohlen in dem Friedensvertrag zu erfüllen und
ob diese auch erfüllbar seien, Johann in der dauernden
Drohung mit dem Einmarsch in die bisher unbefestigten Ge-
biete.

Der Reichsminister kam dann auf die bevorstehenden
Verhandlungen von Brüssel und Genf zu
sprechen. Jetzt scheint es aber dazu zu kommen, daß
in Brüssel Verhandlungen zwischen Sachverständigen aller
Beteiligten stattfinden. Eine Einladung nach Brüssel werde
von ihm in nächster Zeit erwartet. Die Reichsregierung sei
auf die Verhandlungen vorbereitet. Bezüg-
lich der Drohung mit dem Einmarsch betonte er,
daß Deutschland eine solche Drohung als unerbittlich an-
erkenne, daß daher die deutsche Regierung berechtigt sei,
einen weiteren Einmarsch in deutsches Gebiet als eine
feindliche Handlung zu betrachten, er hätte eine
solche Handlung indessen für ausgeschlossen. Deutschland
habe in der Entwaffnungsfrage so viel geleistet, daß jede
militärische Gefahr von seiner Seite aus ausgeschlossen sei.

Die Landtagswahl in Sachsen.

Nach den bisher vorliegenden Wahlergebnissen er-
hielten bei der gestrigen Landtagswahl in den drei Wahl-
kreisen Dresden-Bautzen, Leipzig und Chemnitz-Zwickau die
Parteien folgende Gesamtstimmenzahl:

Demokraten	103 085
Deutsche Volkspartei	290 163
Deutschnationale Volkspartei	337 307
Zentrum	12 360
Wirtschaftl. Vereinigung	10 000
Bürgerliche Parteien zusammen	722 915
Mehrheitsparteilisten	406 383
U. S. P.	228 552
U. S. P. (Gegner)	42 534
Kommunisten	90 081
	787 550

In Leipzig-Stadt ergaben die Wahlen eine bür-
gerliche Mehrheit von 6500 Stimmen.

In Dresden-Bautzen scheiterte die bürgerlichen
Parteien ein Übergewicht von 24 000 Stimmen er-
reicht zu haben.

In Chemnitz-Zwickau wird dagegen bisher ein
Mehr für die sozialistischen Parteien errechnet in Höhe von
annähernd 30 000; auch Leipzig-Land scheint ein Mehr
von etwa 14 000 sozialistischen Stimmen zu haben.
Absolute Klarheit ist zur Stunde aber noch nicht ge-
wonnen, so daß sich über die Mandatverteilung noch nichts
sagen läßt.

Eine neue Elektrizitätsquelle.

(Ein „Stromerzeuger“, der auf der Grundlage der Atomzerlegung
durch sog. „Reichströme“ elektrische Energie liefert.)

In der „Deutschen Zeitung“ erschien am Sonntag vormittag
ein Artikel „Deutschlands Rettung durch die Wissenschaft“ von
Ing. Robert Dietrich. Der Artikel spricht von einer Erfindung, die
von Willy v. Urach gemacht ist und geeignet erscheint, die
Wirkungen des Kohlenmangels abzumildern. In dem Artikel
heißt es u. a.:

„Der Apparat beruht auf der Grundlage der Atomzerlegung.
Nüchtere Erklärungen sind aus patentrechtlichen Gründen nicht mög-
lich. Jedoch haben Fachprofessoren des Ins- und Auslandes den
Apparat gesehen und sich von seiner Wirkung überzeugt. Sie
sehen vor einem Rätsel. In Gegenwart des Berliner Akademi-
kors und Vizepräsidenten Dr. Schröder wurde am 15. März 1920, als wegen
des Generalstreiks alle Berliner Stromwerke ohne Strom
waren und besondere Zustellungen nicht bestanden, der „Strom-
erzeuger“, welcher ungeachtet die Größe einer Akterbant hat, vor-
geführt und zwar in Anwesenheit der Geschäftsführer der „Inter-
nationalen Elektrizitätsversorgung A. G. i. G.“ Es wurde laut
notarieller Beglaubigung festgestellt, daß keinerlei fremde Strom-
zuführung an den „Stromerzeuger“ erfolgte. Trotzdem ergab sich,
daß eine an letzteren angegeschlossene elektrische Glühlampe für 220
Volt und 50 Kerzen hellendend brannte. Es wurden dann weitere
5 Glühbirnen (einschl. leuchtender Lampen) angeschlossen, die eben-
falls hellendend brannten, wobei weder eine Stromverminderung
noch eine Interferenz eintrat. Diese Beobachtung dauerte zwei
Stunden. Die einzige zur Anwendung genommene „Erzeug-
spannung“ wurde der „Kathode“ — keinen Bestreuer — ent-
nommen, welche bei 2 Ampere je 7 Volt gab. Daß diese
Stromquelle nicht die Glühlampen zum Leuchten bringen kann, ist
unzweifelhaft. Sie liefert vielmehr nur sog. Reichströme.“

Verlässliche Konkrete bemühen sich, diese hervorragende Er-
findung an sich zu bringen. Auch das Ausland begehrt letztere.
Wäge den Weltfrieden der „J. E. N. U. G. i. G.“ bewußt blei-
ben, das Reichslands Finanzen jammern kann und in dieser Er-
kenntnis den materiellen Vorteil der u. Urachens baldigsten
Idee im eigenen Lande zu lassen. Dem jungen Unternehmern sei
herzlich ein unermüdlicher Erfolg gewünscht, zum Ruhme des Er-
finders und der deutschen Nation.“

Die Kunststückerfrage.

Gegen den Reichsnahrungsmittelminister Dr. Her-
mes und seine Düngepolitik richtet sich eine Denkschrift, die von
dem preussischen Ministerpräsidenten und Landwirtschaftsminister
Braun ausging. Im Gegensatz zu Dr. Hermes, der einen Teil
des Strohstoffes nach dem Ausland verkaufen will, um den
Weizenpreis zur Deckung des Inlandpreises zu verwenden, vertritt
die Denkschrift den Standpunkt, daß es unerantwortlich sei, im
gegenwärtigen Augenblick der höchsten Gefahr einen Teil des wirt-
schaftlichen aller Ernährungsmittel an das Ausland abzugeben.
Denn nur in der Steigerung unserer landwirtschaftlichen Erzeug-
ung liegt die Möglichkeit einer Gesundung unserer Volkswirt-
schaft. Deshalb müßten wir so schnell wie möglich, spätestens für
die Ernte von 1922, einen durchschlagenden und sicheren Erfolg er-
zielen. Um dieses Ziel zu erreichen, dazu muß die Braunsche
Denkschrift drei Vorschläge:

„Nach dem ersten Vorschlag übernimmt das Reich Her-
stellung und Vertrieb aller Düngemittel. Dann hat es vollkommen
freie Hand, die den Landwirten zur Verfügung zu stellen und mit
dieser entsprechende Lieferungsverträge abzuschließen. Aber wenn
das auch zweifellos das Ziel sein muß, es darf jetzt nicht einmal
eine Woche verloren gehen, selbst nicht mit der Sozialisierung der
Düngemittelindustrie. Deshalb gibt die Denkschrift als zweiten
Plan den, daß das Reich zunächst nur den Vertrieb
des Düngemittels übernimmt und den Landwirten zu weitem
des Kaufpreises kredittiert. Der gestundete Betrag
wäre dann in Getreide aus der nächstjährigen Ernte zu zahlen.
Dabei ist es das Reich in der Hand, durch die Art der Bemessung
der Zahlungen und Lieferungsverträge den stärksten Anreiz zur Ver-
wendung von möglichst viel Kunstdünger zu geben. Würde aber
auch diese Düngemittel nicht beliebt, dann könnte das Reich selbst
den Preis der Düngemittel auf ein Drittel herabsetzen und zwei
Drittel des Preises selber tragen.“

Wir geben den wesentlichen Inhalt der Denkschrift zunächst
wieder, ohne zunächst nach der einen oder anderen Seite Stellung
zu nehmen, sind aber der Meinung, daß die hier zutage tretenden
Gegenstände schleunigst ausgetragen werden müssen, wenn nicht bei
diesem Ministerkampfe die deutsche Volksernährung völlig zu-
sammenbrechen soll.

Die Ablieferung der Milchkuhe.

Der preussische Minister für Volkswohl-
fahrt als Chef des Gesundheitswesens in Preußen hat
Stellung zu der Frage der Ablieferung von Milchkuhen an
Frankreich und Belgien genommen und in einer Denkschrift
an das preussische Staatsministerium er-
klärt, daß der durch die Kriegsentbehrungen aufs schwerste
geschädigte Gesundheitszustand der Bevölkerung, besonders
der Mütter und Kinder, es nicht erlaube, der Ablieferung
von Milchkuhen zuzustimmen, selbst wenn die Zahl der ab-
zuliefernden Kühe weit hinter der durch die Presse mitge-
teilten Anzahl von 800 000 Stück zurückbleibe und sich die
Ablieferung über mehrere Jahre erstrecken sollte. Durch
eine Abgabe von 800 000 Milchkuhen würden Deutschland
mindestens sechs Millionen Liter Milch entzogen werden.

Die Gesundheitsabteilung des Ministeriums für Volkswohl-
fahrt hat neuerdings ihre Beobachtungen über den Gesund-
heitszustand der Bevölkerung für das Jahr 1919 ab-
geschlossen und dabei festgestellt, daß sich der Gesund-
heitszustand gegenüber den eigentlichen Kriegsjahren
nicht nennenswert gebessert, sondern in gewissem Sinne
verschlechtert hat.

Seit Herbst 1917 treten in auffallendem Maße und
Form krankhafte Veränderungen des Knochen-
gerüsts auf, die etwa unter dem Bilde der englischen
Krankheit Rachitis sowie der Knochenweiche und Knochen-
brüchigkeit der Erwachsenen verlaufen. Die Krankheit er-
greift nicht bloß die Kinder, sondern auch die Erwachsenen
bis ins Greisenalter. Sie tritt in einer Schwere auf, wie
sie bisher in Deutschland nicht beobachtet worden war. Die
Kurve der Tuberkuloseerfälle ist seit 1913 er-
schreckend in die Höhe gegangen, und zwar in ständiger Zu-
nahme von 13 65 im Jahre 1913 bis zu 23 000 im Jahre 1919
auf 10 000 Lebende. Die Tuberkuloseerfälle der Kinder im
Alter bis zu 15 Jahren haben sich fast verdoppelt, die-
jenigen der Altersstufe von 15 bis 20 Jahren etwa verwei-
facht.

Die Denkschrift schließt: Unter diesen Umständen muß
die preussische Staatsregierung die Reichsregierung mit dem
größten Ernst auf die Folgen hinweisen, die für unsere Volks-
gesundheit durch die Ablieferung von etwa 800 000 Milch-
kuhen unbedingt entzogen müssen.
Zu den Verhandlungen in Paris über die Abgaben von
810 000 Milchkuhen ist als Vertreter des Deutschen milch-

